



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Rechtssicherheit für Stillbeschäftigungsverbot in der Zahnarztpraxis

Aktuell seit 24.07.2025 12:36:31

Angegeben von:

Bundeszahnärztekammer - Arbeitsgemeinschaft der deutschen Zahnärztekammern e.V. (BZÄK)
(R001361) am 24.07.2025

Beschreibung:

1. Begrenzung des Stillbeschäftigungsverbots auf 1 Jahr, es sei denn eine längere Stlldauer ist medizinisch notwendig. 2. Möglichkeit für den Arbeitgeber Urlaub der Arbeitnehmerin für jeden vollen Kalendermonat eines Beschäftigungsverbots um ein Zwölftel zu kürzen, analog § 17 BEEG. 3. Ersatzlose Streichung der sogenannten abstrakten Gefährdungsbeurteilung nach § 10 Abs. 1 MuSchG. 4. Keine Begrenzung der Erstattung von Sozialabgaben auf 20% im Rahmen der U2 Umlage.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

MuSchG 2018 [alle RV hierzu]